

WA13 Fossile Abhängigkeiten beenden und Fracking stoppen - in Niedersachsen und anderswo!

Gremium: LAG Energie & Atom
Beschlussdatum: 07.04.2026
Tagesordnungspunkt: 5. Weitere Anträge

Antragstext

1 Die aktuelle Lage macht es dringlicher denn je, dass wir die Energiewende in
2 Richtung 100% erneuerbarer Energien und den Ausstieg aus fossilen Energien wie
3 Gas, Kohle und Öl beschleunigen. Nur der Ausbau von erneuerbaren Energien,
4 Speichern und erneuerbaren Wärmequellen sind eine verlässliche Möglichkeit, um
5 uns unabhängiger zu machen, eine klimaneutrale Zukunft zu garantieren und die
6 Kosten für Menschen und Industrie zu senken. Jede Investition in fossile
7 Infrastruktur oder Ausweitung von fossiler Öl- und Gasförderung ist teuer,
8 klimapolitisch fatal und schafft Strukturen der Vergangenheit. Daher kämpfen wir
9 für einen beschleunigten Ausbau der Energie- und Wärmewende.

10 Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen die Erdgasförderung mit der Fracking-Methode
11 als große Gefahr, die zu Umweltkatastrophen mit Chemikalien,
12 Grundwasserverschmutzungen, hoch klimaschädlichen Methan-Austritten und auch
13 Erdbeben führen kann. Besonders die Menschen in Niedersachsen würden darunter
14 leiden, da hier ein Großteil der Schiefergas-Vorkommen vermutet werden und
15 deshalb lehnen wir jegliche Forderungen nach Fracking bei uns und anderswo ab.

16 Weitergehend erkennen wir an, dass auch in der Lieferkette von Flüssigerdgas
17 (LNG) dieses Erdgas hauptsächlich mit der Fracking-Methode in den USA gefördert
18 wird und dass es dort auch zu den oben genannten und weiteren Problemen kommt.
19 Unter anderem wird auch direkt in Wohnsiedlungen oder auf heiligen indigenen
20 Gebieten Fracking betrieben, es gibt immer wieder Störfälle und vor allem
21 einkommensschwache und People of Color Anwohnende leiden unter den
22 überdurchschnittlich hohen Krebsraten durch die fossile Industrie. Dies ist ein
23 weiterer Aspekt, warum wir uns für einen Gasausstieg mit einer beschleunigten
24 Energie- und Wärmewende einsetzen.

25 Aufgrund der aktuellen fossilen Krise durch den Handelsstreit mit den USA und
26 den aktuellen Kriegen sehen wir Grüne unsere weiterhin hohen Abhängigkeiten von
27 Öl- und Gasimporten als Risiko für die Energieversorgung Europas und als Gefahr
28 für die Lebenshaltungskosten der Menschen, sowie als Gefahr für unsere
29 Industrie. Daraus darf aber nicht die Folgerung sein, hier in Deutschland mehr
30 Erdgas mit der Fracking-Methode zu fördern, sondern wir setzen uns verstärkt für
31 einen Ausbau der erneuerbaren Energien und für einen sozial gerechten
32 Gasausstieg ein, um uns unabhängiger zu machen.

33 Wir werden Niedersachsen unabhängig von fossilen Energieträgern und -importen
34 machen mit einem beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und
35 Energiesparmaßnahmen. Wir verpflichten uns, Niedersachsens Energiebedarf bis
36 spätestens 2040 zu 100% aus erneuerbaren Energien zu decken. Im Jahr 2035 werden
37 wir bereits 90% erreichen. Die zukünftige Nutzung von Erdgas und Erdöl, sowie
38 die Förderung müssen sich an den Klimazielen ausrichten. Wir setzen uns beim
39 Bund dafür ein, die Nutzung und Förderung von Erdgas und Erdöl schnellstmöglich
40 mit Blick auf die Klimaziele zu beenden.

41 Angesichts des Ausbaus der erneuerbaren Energien fordern wir eine Überprüfung
42 der bestehenden und zukünftigen Kapazitäten für LNG-Terminals in Deutschland, um
43 fossile Überkapazitäten und Lock-In-Effekte zu vermeiden. Dazu gehört auch zu
44 prüfen, ob das in Wilhelmshaven geplante feste Terminal nicht ausschließlich für
45 den Import von Ammoniak als grünen Wasserstoff-Derivat genutzt werden sollte.
46 Die Nutzung von CCS und CCU sehen wir sehr kritisch.

47 Wir sprechen uns aus, dass Wilhelmshaven eine Drehscheibe für grünen Wasserstoff
48 werden soll, dazu gehören Wasserstoff-Elektrolyseure für grünen Wasserstoff aus
49 erneuerbaren Strom und der Import insbesondere für Ammoniak, um grünen
50 Wasserstoff als Derivat für unsere Industrie zu nutzen, statt fossiles Erdgas zu
51 importieren.

52 Wir wenden uns gegen jegliche Abschwächung des Naturschutz- des Umweltrechtes
53 und der FFH- und Vogelschutzrichtlinie zu gunsten von Industrieprojekten. Wir
54 setzen uns dafür ein, dass bei der Flächennutzung vorrangig bereits versiegelte
55 Flächen wie alte Industrieflächen für weitere geplante Projekte genutzt werden.

56 Wir Mitglieder und Funktionsträger*innen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen uns
57 deshalb auf allen Ebenen unseres politischen Wirkens dafür ein, dass ...

58 ● kein Fracking hier in Niedersachsen oder anderswo in Deutschland erlaubt wird
59 und das Fracking-Verbot dauerhaft bleibt.

60 ● ein Ammoniak-Importterminal für grünen Wasserstoff gebaut wird und wir sehen
61 CCS/CCU kritisch.

62 ● keine Aufweichung von Umwelt- und Naturschutzstandards stattfindet.

63 ● die Abhängigkeiten von fossilen Gasen insbesondere von Fracking-LNG
64 schnellstmöglich durch einen rapiden Ausbau der Energie- und Wärmewende beendet
65 werden.

66 ● die EU-Methanverordnung nicht aufgeweicht, sondern vollständig umgesetzt wird,
67 da sie ein zentrales Element der Reduzierung von Methanemissionen ist.

68 ● der vollständige Gasausstieg auf allen Ebenen durch eine forcierte Energie-
69 und Wärmewende auf 2035 vorgezogen wird.